Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Poln.-Oberschl. 12 Gr. für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger" Pleß. Postsparkassen-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 29 | Freitag, den 8. März 1929 | 78. Jahrgang

Stresemann verteidigt die Minderheiten

Der große Tag in Genf — Noch keine Entscheidung

Die Lage in Genf verworren

Genf. In den späten Abendstunden des Mittwoch sind die Vorarbeiten für die Entscheidung über die weitere Behandlung der Minderheitenfrage im Völkerbund eingeleitet worden. An den Verhandlungen nehmen der Berichterstatter des Rates, Botschafter Adatschi, ferner der japanische Untergeneralsekretär des Völkerbundes und die deutsche und kanadische Abordnung teil. Die diplomatischen Besprechungen zwischen den einzelnen Abordnungen sind fortlaufend im Gange. Die Lage ist zunächst noch stark verworren, da die Vorschläge von den verschiedensten Seiten durcheinandergehen. Von deutscher Seite hält man es für unbedingt erforderlich, zum mindesten ein Fünferkomitee einzusetzen, in dem die Deutschen und Kanadier als antragsstellende Mächte vertreten sind. Von französischer Seite wird dagegen ein Dreierkomitee mit Adatschi, Chamberlain und dem spanischen Botschafter Quinones de Leon vorgeschlagen, während dieser Vorschlag von deutscher Seite als völlig unannehmbar bezeichnet wird.

Der erste Eindruck in Genf

Genf. Der erste Eindruck der Eröffnung der Ratsverhandlungen über die Minderheitenfrage kann dahin zusammengefaßt werden, daß die deutschen und kanadischen Anträge auf einen kaum erwarteten starken Widerstand gestoßen sind. Die Rede Briands wird als ein bewußter Versuch empfunden, die ganze Frage auf den Kopf zu stellen und den Minderheiten den Vorwurf der Gefährdung der Staatshoheit in ihren Ländern zu machen. Viel bemerkt wurde, daß sich der englische Außenminister auch in schroffem Gegensatz zu dem Vertreter Kanadas gestellt hat. Deutschland befindet sich im Rat somit in einer außerordentlich schweren Lage und hat bisher nur mit einer Unterstützung von Kanada und Finnland zu rechnen. Für die nächsten Tage sind jedenfalls außerordentlich ernste und weittragende Verhandlungen zu erwarten, falls Deutschland seinen einmal eingenommenen Standpunkt unverändert aufrecht erhalten sollte.

Stresemanns Minderheitenrede

Genf. In seiner Minderheitenrede in der öffentlichen Ratssitzung führte Reichsaußenminister Dr. Stresemann u. a. aus:

Schon während der letzten Bundesversammlung klang aus verschiedenen Reden die Erkenntnis, daß in der Entwicklung der Völkerbundstätigkeit der Zeitpunkt gekommen ist, an dem es von Nutzen sein wird, auf die bisherige

Behandlung der Minderheitenprobleme

einen Rückblick zu werfen. Dieser Rückblick wird sich darauf beziehen, an Hand der gemachten Erfahrungen sich darüber klar zu werden, ob sich die berufenen Instanzen des Völkerbundes bei der Verfolgung dieser großen und wichtigen Aufgabe auf dem rechten Wege befinden, oder ob es angebracht ist in der einen oder anderen Beziehung neue Beschlüsse zu fassen.

Wenn ich mir die Grundlagen vergegenwärtige, und wenn ich mit ihnen die Praxis zusammenhalte, die, wie sie sich tatsächlich vollzieht, so kann ich mich nicht des Gefühls erwähren,

daß Theorie und Praxis nicht immer in Einklang miteinander geblieben sind.

Wir können jedenfalls nicht über die unleugbare Tatsache hinweggehen, daß die Minderheiten selbst in sehr weitem Maße von diesem Gefühl und den sich daraus ergebenden Sorgen um ihr kulturelles Schicksal beherrscht sind. Es ist nur natürlich, daß die entstandenen Enttäuschungen sich in scharfer Kritik an den Einrichtungen des Völkerbundes äußern. Es ist ja nicht das erste Mal, daß eine derartige Kritik zu umfangreichen Erörterungen im Schoße des Völkerbundes geführt hat. Aber es scheint mir, als ob den Versuchen, den vorhandenen Mängeln abzuhelfen, mit prinzipiellen Betrachtungen entgegengetreten worden ist, die in der Oeffentlichkeit wie ein Abweichen von den Grundlagen für den Minderheitenschutz wirken. Ich kann in diesem Zusammenhang nicht daran vorbeigehen, an eine sehr bekannt gewordene Erklärung eines früheren Berichterstatters im Rat aus dem Jahre 1925 und an die sich anschließende Diskussion im Rat zu erinnern. In dieser Erklärung und in der Diskussion finden sich Aeußerungen grundsätzlicher Art, über den Zweck der Minderheitenschutzbestimmungen und über den Zweck der Garantie des Völkerbundes, die so gedeutet werden können, als ob es sich bei diesen Bestimmungen um eine Art von Uebergangsregime handele, das schließlich dahin zu führen hätte, die Minderheiten als solche verschwinden, d. h. sie in der Mehrheit der Staatsbevölkerung aufgehen zu lassen.

Wenn jene Aeußerungen tatsächlich im Sinne

einer Art Assimilationstheorie zu verstehen sein sollten,

so müßte ich dem zu meinem Teil auf das Bestimmteste widersprechen. Eine solche Theorie steht im Gegensatz zu den bei Gründung des neuen Minderheitenschutzes in aller Klarheit festgestellten Gedanken, daß dieser Schutz ein dauernder und nicht nur ein Uebergangsregime zum Zweck der Erleichterung vorübergehender Schwierigkeiten sein sollte.

Im Zusammenhang hiermit steht ein anderer Punkt von grundsätzlicher Bedeutung. Gegenwärtig beschränkt sich das bestehende Verfahren auf die Erledigung der beim Völkerbund eingehenden Petitionen.

Es sind keinerlei Einrichtungen oder Verfahrensarten vorgesehen,

um die dem Völkerbund in ganz allgemeiner Form übertragene Garantie auch außerhalb des Gebietes der Petitionen zu realisieren, aber es kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß sich die Garantie nicht erschöpft, in der Behandlung konkreter Fälle, in denen dem Völkerbund eine bereits begangene oder drohende Verletzung von Minderheitenrechten angezeigt wird. In dem von mir erwähnten Grundlegenden Bericht vom Jahre 1920 kommt zum Ausdruck, daß der Völkerbund die Verpflichtung hat, sich von der fortdauernden Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen zu vergewissern. Vielleicht hat dieser Gedanke auch bei den Anregungen eine Rolle gespielt, die sich auf die Einrichtung eines ständigen Minderheitenausschusses beziehen. Auf alle Fälle erscheint es mir notwendig, sich darüber klar zu werden, in welcher Weise sich der Völkerbund fortlaufend über die Lage der Minderheiten unterrichten kann.

Es ist weder eine Unmögliche, noch eine souveränen Staates unwürdige Aufgabe, die den durch die Minderheitenbestimmungen verpflichteten Ländern auferlegt worden ist.

Es ist unbestreitbar, daß die Zugehörigkeit zur Minderheit und die sich daraus ergebende Sonderstellung nicht im Gegensatz zu der Erfüllung der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflichten steht. Wird dies aber anerkannt, so ergibt sich daraus, zugleich, daß das Interesse eines Landes für Minderheiten in einem anderen Lande, das sich in der Anrufung der Garantie des Völkerbundes bekundet, nicht als eine unzulässige politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates angesehen werden kann. Es ist vollkommen verfehlt davon zu sprechen, daß ein Eintreten für kulturelles Recht und kulturelle Freiheit der Minderheiten der Ansatz des Hebels sei, um Staaten auseinandersprengen zu können. Der Friede der Völker untereinander wird umso sicherer begründet sein, jemehr der Ruf von in ihrem kulturellen Ausleben bedrohten Minderheiten immer weniger an das Ohr der Weltöffentlichkeit dringt. Wer sich dafür einsetzt, daß die Menschheitsrechte der Sprache, der Rasse und der Religion unbeschadet der staatlichen Grenzen geachtet und gewürdigt werden, der tritt ein für die Erhaltung des Friedens und nicht für die Aufreizung zur Auseinandersetzung mit Gewalt.

Welches sind die Wege, die uns innerhalb des Völkerbundes dazu führen können, auf Grund der bestehenden Verträge und Garantien unserem Ziel näher zu kommen?

Hinsichtlich des Petitionsverfahrens selbst wird in der Denkschrift des Herrn Dandurand darauf hingewiesen, daß vom Rat befolgte Verfahren lasse in der beschwerdenden Minderheit den Eindruck entstehen, daß sie nicht gehört werde. In der Tat wird hier mit einer der Hauptübelstände bezeichnet, die von den Minderheiten beklagt werden. Der Weg, auf dem Herr Dandurand diesen Uebelständen zu begegnen sucht, verdient unsere volle Aufmerksamkeit.

Dem Dreierkomitee wurde bei seiner Gründung die Aufgabe zugewiesen, den Ratsmitgliedern die Ausübung ihrer Rechte und Pflichten hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten zu erleichtern. Nun hat sich aber die Praxis dahin entwickelt, daß die Behandlung der Positionen in den Komitees das ganze Verfahren in der Regel abschließt, ohne daß die im Komitee vertretenen Ratsmitglieder irgend etwas darüber erfahren.

Es scheint mit eine selbstverständliche Folge des ursprünglich mit der Einrichtung des Komitees beabsichtigten Zweckes zu sein, daß diese in jedem Falle das Ergebnis zu der Arbeit den Ratsmitgliedern vorlegen, damit diese sich darüber schlüssig werden können, ob sie die Angelegenheit weiter verfolgen wollen oder nicht. Ferner wird aber auch ein Weg zu suchen sein, um den Minderheiten selbst schon in diesem Stadium der Angelegenheit Kenntnis davon zu verschaffen, was aus ihrer Beschwerde geworden ist. Will man sich nicht dazu entschließen,

den Minderheiten unmittelbar das Ergebnis der Prüfung formell mitzuteilen,

so könnte dieser Zweck doch unbedenklich auf dem Umweg einer größeren Publizität des ganzen Verfahrens erreicht werden. So wäre zugleich zu erwägen, ob es nicht angebracht ist, dem alljährlich der Bundesversammlung zu erstattenden Bericht über die Tätigkeit des Rates eine listenmäßige Nachweisung aller Eingänge und in den Komitees behandelten Beschwerden beizufügen. Daneben käme in Betracht, die vorhin erwähnten Berichte an die Ratsmitglieder auch im „Journal Officiel" des Völkerbundes zu veröffentlichen.

Außerdem würde es meiner Ansicht nach von großem Nutzen sein, das Verfahren vor den Komitees zu beschleunigen.

Es scheint mir weiterhin der Prüfung zu bedürfen, ob die Arbeit der Komitees nicht dadurch vertieft werden kann, daß ihm die Möglichkeit gegeben wird, nicht nur wie bisher mit der Regierung der Minderheit in Verbindung zu treten, sondern auch, sofern das nach Lage des Falles angebracht erscheint, von berufenen Vertretern der Minderheit selbst oder von anderen Sachkundigen ergänzende Mitteilungen einzufordern.

Der Herr Vertreter Kanadas wünscht das Dreierkomitee seiner Zusammensetzung nach ausgebaut zu sehen zu einem Komitee, in dem sämtliche Mitglieder des Rates vertreten sind. Ich halte es für unbedingt geboten, diesen Gedanken weiter zu verfolgen. Auf alle Fälle müßte die Möglichkeit einer Verstärkung des Dreierkomitees in Betracht gezogen werden. Dabei bedürfte meines Erachtens auch der Beschluß des Jahres 1925 der Nachprüfung, durch den die Eignung der einzelnen Ratsmitglieder zur Teilnahme an den Komitees von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht worden ist.

Es erscheint mir prinzipiell nicht angängig, denjenigen Regierungen, die man für würdig hält, dauernd oder zeitweilig dem Rate anzugehören, das Vertrauen zu ihrer Objektivität zu versagen. Man sollte sich daher damit begnügen, es dem Takt des Ratspräsidenten zu überlassen, welche Ratsmitglieder er im einzelnen Falle an den mit der Vorprüfung beauftragten Komitees beiteiligen will.

Ferner glaube ich, noch einen von mir schon kurz erwähnten anderen Plan in die Erinnerung zurückrufen zu müssen, der namentlich in der Diskussion der letzten Bundesversammlung eine Rolle gespielt hat. Das ist der Plan der Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission. Er ist von so weittragender Bedeutung, daß er genauester Prüfung bedarf.

Aus den angeführten Erwägungen komme ich zu folgenden Schlußfolgerungen. Was ich wünsche und dem Rat dringend zur Erwägung stelle ist:

1. Eine sorgfältige Prüfung der Möglichkeiten, die für eine Besserung des formalen Verfahrens bei der Behandlung von Petitionen gegeben sind.

2. Bitte ich in Aussicht zu nehmen, die bisher geübte Ausscheidung der beteiligten Nationen durch ihre Hinzuziehung zu ersetzen.

3. Wäre zu prüfen, in welcher Weise der Völkerbund seiner Garantiepflicht außerhalb des Gebietes der Petitionen zu genügen hat.

Endlich liegt mir daran, daß in der von mir ausgesprochenen Weise eine Klärung der grundsätzlichen Seite der Völkerbundsgarantie herbeigeführt wird. Ich bin mir darüber klar, daß die Aufgabe, die sich hieraus ergibt, zu umfangreich und auch zu wichtig ist, al sdaß sie von uns während der gegenwärtigen Ratssitzung bewältigt werden könnte. Wohl aber müssen wir die zu bewältigende Arbeit in Gang bringen. Als das beste Mittel dazu erscheint mir die Einsetzung einer besonderen Studienkommission. Sie wäre so zusammenzusetzen, daß sie über die notwendige Autorität und Sachkunde verfügt. Man hat in der Oeffentlichkeit der Aussprache im Völkerbundsrat vielfach mit der Besorgnis entgegengesehen, daß durch sie ein Kampf verschiedener Anschauungen im Völkerbund erfolgen könne. Ich teile diese Auffassung nicht. Der Völkerbund würde sich selbst aufgeben, wenn er die Grundsätze aufgibt, von denen er einst bei Uebernahme des Minderheitenschutzes ausgegangen ist. Die Idee, die zur Gründung des Völkerbundes und zu den von ihm übernommenen Garantien für die Minderheiten geführt hat, sehe ich gerade darin, daß er den Ausgleich schaffen wollte zwischen den Spannungen, die die neugeschaffenen Verhältnisse naturgemäß hatten und zurücklassen mußten, durch eine gerechte Handhabung gegenüber den Menschen anderer Rasse, anderer Religion und anderer Sprache. Den Frieden auf Ewigkeit zu sichern, ist ein Ideal, dem die Menschen zustreben, ohne daß jemand würde behaupten können, daß die Menschheit dieses Ideal je erreichen wird. Wir können nur alles, was in unseren Kräften steht, dazu tun, um die Voraussetnugen für einen solchen Frieden zu schaffen. Eine dieser Voraussetzungen ist der kulturelle Friede der Völker untereinander und stärker als Paragraphen und Bindungen es für die Ewigkeit vermögen, wird der Friede gesichert werden können durch die Ausübung der Gerechtigkeit gegenüber jedem, der für das ihm gegebene Lebensrecht seiner Sprache, seiner Seele und seines Glaubens eintritt.

Dewey über die polnische Wirtschaft

Der amerikanische Finanzkontrolleur Dewey ist von seiner Amerikareise nach Warschau zurückgekehrt. Die polnische Presse erfährt, daß Dewey in seinen zahlreichen Konferenzen mit hervorragenden Finanzleuten der ganzen Welt ein ungemein starkes Anwachsen des polnischen Ansehens festgestellt habe. Sowohl der französische als auch der amerikanische Markt zeigen großes Interesse für die wirtschaftlichen Fragen Polens. Allerdings bildet Frankreich heute größere Möglichkeiten zur Placierung langfristiger polnischer Papiere, als Amerika. Damit scheinen also die Bemühungen Polens, eine neue amerikanische Anleihe zu bekommen — und zwar sprach man von einer größeren Anleihe für die Eisenbahnen — fehlgegangen zu sein. Man wird sich in Warschau also mit den größeren Möglichkeiten des französischen Marktes trösten müssen. Dazu hat man allerdings die Vermittlung Deweys kaum nötig.

Was die seit langem geplante Schaffung einer Zentralbank für langfristige landwirtschaftliche Kredite betrifft, deren Aufgabe es sein sollte, die Papiere im Ausland unterzubringen, so werde man, so erklärte Dewey weiter, in Kürze zur Organisierung der Bank schreiten können, die zweifellos eine internationale Anleihe erhalten werde.

Ein weiblicher Senator in Danzig

Danzig. In der Plenarsitzung des Danziger Volkstages am Mittwoch wurde in einer Ersatzwahl für den Senat die deutsch-liberale Abgeordnete Frau Alma Richter zum parlamentarischen Senator gewählt. Frau Richter, die im 51. Lebensjahr steht, und Vorsitzende des Danziger Hausfrauenbundes ist, ist das erste weibliche Regierungsmitglied seit dem Bestehen der Freien Stadt Danzig.

Der Kampf in Mexiko

Die Regierung hofft auf endgültigen Sieg.

London. Die revolutionäre Bewegung in Mexiko dehnt sich weiter aus. Vom Norden marschieren die Truppen der Aufständischen entlang der Westküste auf die Hauptstadt zu, die aber noch nicht in den Kampfbereich einbezogen wurde. Die Regierung gibt bekannt, daß sie im Staate Veracruz Truppen aller Waffengatungen zusammenziehe, die den Aufständischen zahlenmäßig und an Kampfkraft weit überlegen seien. In den der mexikanischen Regierung nahestehenden Kreisen wird erklärt, daß der Fall von Veracruz nur noch eine Frage von Stunden sei. In Noeva Laredo werden gegenwärtig Regierungstruppen für einen Gegenangriff auf Monterey zusammengezogen. Esperanto ist inzwischen wieder von den Regierungstruppen zurückerobert worden. Präsident Portes Gil hat die Schließung aller Zollstellen in Sasabe, Nogales, Aquarieta, Naco, Veracruz angeordnet, da sie der Kontrolle der Regierung entzogen sind. Von diesen Plätzen aus können bis auf weiteres keine Waren mehr versandt werden.

Das gefälschte Dokument gegen Senator Borah

In der antisowjetistischen Dokumentenfälschungsaffäre ist es gelungen, von Orloff unter dem Druck des gegen ihn vorgebrachten Materials zu erfahren, daß das chiffrierte Dokument, aus dem die Bestechung des amerikanischen Senators Borah hervorging, von ihm gefälscht worden sei. Allerdings behauptet er, daß ein echtes Dokument ihm zur Unterlage seiner Fälschung gedient hat. Man will die in Amerika aufgetauchten photographischen Wiedergaben der Borah belastenden Dokumente nach Berlin kommen lassen. Die in Berlin zum Kauf angebotenen Dokumente sind zwar, wie bereits feststeht, nicht mit den in Amerika vorliegenden identisch, die Berliner Polizei hofft aber, durch Vergleiche feststellen zu können, ob sie nicht etwa aus derselben Fälscherwerkstatt, nämlich der Orloffschen, stammen.

Amerika und die Russendokumente

Newyork. Das Staatsdepartement hat die amerikanische Botschaft in Berlin angewiesen, zur Klarstellung der gegen die Senatoren Borah und Norris gerichteten Fälschungen engste Verbindung mit der Berliner Polizei aufzunehmen und sie in jeder Weise zu unterstützen.

Ein „Polnisches Haus" in Leipzig

Eine beachtenswerte Begründung

Leipzig. Das polnische Komitee für Sozialfürsorge in Leipzig hat in Polen einen Aufruf veröffentlicht, der zum Bau eines „Polnischen Hauses" in Leipzig auffordert. Die Notwendigkeit der Errichtung eines solchen polnischen Hauses wird nach den „Leipziger Neueste Nachrichten" u. a. in diesem Aufruf wie folgt begründet: „Das Banner der polnischen Kultur in der Fremde müsse hochgehalten werden. In der Zukunft wie in der Vergangenheit. Namentlich die Kinder polnischer Eltern in der Fremde müßten vor der Entnationalisierung bewahrt werden. Alles was polnisch sei, müsse zur Wiedergewinnung der polnischen Kolonie in Sachsen und Thüringen beitragen. Ein Volk, das nicht um die Erziehung der Kinder und der Jugend in der Muttersprache und im Geiste der Familie besorgt sei, spreche sich selbst das Todesurteil. Der Bau eines eigenen polnischen Hauses in Leipzig sei eine der brennendsten Notwendigkeiten. Man rufe wegen der Erstellung dieses Emigrantenhauses die Opferwilligkeit der polnischen Allgemeinheit an. Es müsse noch um Mittel aus dem Mutterlande gebeten werden."

Das Geheimnis der Utrechter Veröffentlichung

Brüssel. Nach Informationen aus bester belgischer Quelle bezüglich der Angelegenheit Frank-Heine soll das vom „Utrechtsch Dagblad" veröffentlichte Dokument tatsächlich von Frank mit Hilfe einiger untergeordneten Agenten des Militärsicherheitsdienstes zusammengestellt worden sein. Es soll sich dabei hauptsächlich um drei Agenten handeln, doch soll auch der Leiter des Militärsicherheitsdienstes bloßgestellt sein. Man spricht von einem großen Polizeiskandal. Die verdächtigten Agenten sind bereits vernommen worden und ihre Schuld soll außer Zweifel stehen. Die Regierung hat Strafmaßnahmen beschlossen und hat bereits zwei Agenten aus dem Dienst entlassen. Andere Strafmaßnahmen sollen folgen. Es verlautet, daß auch der Leiter des Militärsicherheitsdienstes entlassen werden soll. Einer der untergeordneten Agenten soll außerdem in deutschen Spionagediensten gestanden haben. Die Regierung sowie die Generalstaatsanwaltschaft haben angeblich bisher von nichts gewußt. In Regierungskreisen schweigt man sich vorläufig über die Angelegenheit noch aus, doch wird die Regierung nicht umhin können, eine Erklärung abzugeben.

Die Antwort Briands und Chamberlains

Genf. Die Rede Briands in der Ratssitzung hat in deutschen Kreisen einen wenig günstigen Eindruck hinterlassen. Man hat den Eindruck, als ob Briand durch seine Rede die Wirkung der Ausführungen Stresemanns abschwächen und die Minderheitenfrage ihrer Bedeutung entkleiden will. Insbesondere hat es befremdet, daß Briand mit keinem Wort auf die tatsächlich schwere Lage der Minderheiten in den verschiedenen Staaten einging und die Minderheitenfrage als eine unbegründete Agitation der Minderheiten gegen ihre Regierungen darzustellen suchte. Man weist darauf hin, daß mit derartigen Maßnahmen die Minderheitenfrage als eine unbedeutende, ja fast lächerliche Angelegenheit hingestellt wird, und die großen Gefahren, die auf der bisherigen Behandlung der Minderheitenfrage durch den Völkerbund herrühren, in keiner Weise mehr beseitigt werden können.

Auch die Ausführungen Chamberlains, die in gleicher Richtung liefen, sind mit größtem Befremden aufgenommen worden. Jedoch wird übereinstimmend in unterrichteten Kreisen damit gerechnet, daß Chamberlain nach den englischen Parlamentswahlen nicht mehr den Posten des Außenministers innehaben wird, so daß in den kommenden Minderheitsverhandlungen nach dem Juni mit einer anderen englischen Vertretung bereits allgemein gerechnet wird. Auf deutscher Seite bestehen außerordentlich ernste Bedenken gegenüber der Stellungnahme, die der Rat in seiner überwiegenden Mehrheit am Mittwoch zur Minderheitenfrage gezeigt hat. Die von Polen und Rumänien vorgeschlagene Einsetzung eines Dreierkomitees verfolgt nach allgemeiner Auffassung allein den Zweck, die Minderheitenfrage endgültig aus den Verhandlungen des Rates zu entfernen. Es wird jedenfalls von deutscher Seite eines entschlossenen Willens und größten Nachdrucks bedürfen, um den einmal beschrittenen Weg zu Ende zu gehen.

Stresemanns Antwort an Chamberlain

Genf. In der Aussprache über die Minderheitenfrage am Nachmittag antwortete nach dem finnländischen Außenminister Dr. Stresemann Chamberlain. Stresemann wies darauf hin, daß, wenn der englische Außenminister ihn bei seiner Erwähnung des nicht — Ewigwährens gegenwärtiger Verträge mißverstanden habe und daß, wenn er, Stresemann, darauf hinwies, man solle keinen Mißbrauch mit dem Artikel 19 treiben, seine Rede offenbar nicht verstanden worden sei. Der Irrtum wäre nicht entstanden, wenn Chamberlain der Wortlaut seiner Erklärung vorgelegen hätte. Stresemann gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß auch der englische Außenminister die Auslegung Mello Francos von 1925 nicht so aufgefaßt habe, als ob eine Minderheit zur Angleichung an das Staatsvolk gezwungen werden sollte, sondern nur so, als ob die Klagen der Minderheiten möglichst bald verschwinden möchten. Mit diesem Wunsch Chamberlains stimme er, Stresemann, völlig überein. Auch er hoffe, durch das von ihm vorgeschlagene Verfahren die Klagen der Minderheiten zum Verstummen zu bringen.

Die russische Krise

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat sich neben dem Hauptvollzugsausschuß der russischen Kommunistischen Partei nunmehr auch innerhalb der Kommunistischen Internationale eine Rechtsgruppe mit Bucharin an der Spitze gebildet, die ihre Umbildung und die Entfernung Stalins und seiner Anhänger verlangt. Diese Rechtsopposition verfügt über Gleichgesinnte aus den verschiedensten europäischen kommunistischen Parteien. Sie wendet sich insbesondere dagegen, daß der Schwiegersohn Stalins, Schweral, zum Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale ernannt wurde.

In einer Parteiversammlung sprach am Dienstag Sinowjew und Kamenew über den Kampf gegen den Trotzkismus. Sinowjew erklärte dabei, der Trotzkismus sei eine große Gefahr für die Sowjetunion und seine Grundgedanken seien dem russischen Menschewismus der Zarenzeit sehr ähnlich. Kamenew erklärte sodann, daß er die Politik Stalins gegen den Trotzkismus unterstütze.



28. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

IX.

„Wer ist jener Herr, der mit uns geht?" fragte Helene Brandis leise, als sie glaubte, daß die Vorangehenden außer Hörweite waren.

Isa, noch in Gedanken bei dem ernsten Gespräch, das sie mit Bardini geführt hatte, wußte sich nicht sogleich zurechtzufinden.

„Sie meinen den Italiener?" fragte sie nach kurzer Pause zerstreut.

„Ja. Wie heißt er? Ich verstand ihn vorhin nicht gut."

„Bardini."

„Bardini — und was ist er — ich meine von Beruf?"

„Das weiß ich nicht; wir lernten ihn auch erst gestern kennen," erwiderte Isa, verwundert über die plötzlich erwachte Anteilnahme des bis dahin völlig teilnahmslosen Mädchens.

„Mir ist es, als müßte ich ihn kennen oder doch schon einmal irgendwo gesehen haben," fuhr Helene Brandis fort.

Merkwürdig, dachte Isa, so erging es mir auch bei der ersten Begegnung.

„Wo könnte das gewesen sein?" fragte sie.

„Wenn ich das nur wüßte! Das ist eben das Krankhafte an mir. Oft, wenn ich einem Menschen zum ersten Mal begegne, bilde ich mir ein, ihn schon früher gesehen zu haben. Später mache ich dann gewöhnlich die Erfahrung, daß es nichts weiter als Einbildung war. Ich verwechsle oft Personen und Bilder, und besonders was vor meiner schweren Krankheit geschah ist in Nebel gehüllt. Zuweilen taucht daraus ein Bild klar und deutlich vor mir auf, aber ich weiß es nirgends hinzubringen."

„Sie haben eine schwere Krankheit durchgemacht?" Voll tiefen Mitgefühls zog Isa den Arm Helenes, die jetzt ihre volle Teilnahme in Anspruch nahm, durch den ihren.

Helene Brandis nickte. „Ich hatte ein schweres Nervenfieber, das mich dem Tode nahe brachte, und ich wünschte, ich wäre damals gestorben."

„O, Fräulein Brandis," rief Isa erschreckt.

„Der Wunsch mag wohl selbstsüchtig sein, denn ich denke dabei nicht an den Kummer, den ich meinen armen Eltern, deren einziges Kind ich bin, machen würde — aber ich kann doch nie wieder froh werden — die Welt ist tot für mich ohne — ihn," sagte Helene Brandis.

„Ohne wen?" fragte Isa leise und zögernd und doch fühlend, daß sie mit dieser Frage eine Wohltat erwies.

Helene bekämpfte aufsteigende Tränen.

„Ich verlor — meinen — Bräutigam."

„Wie — wodurch?"

„Er — starb."

Isa drückte den Arm des in ihrem Schmerz bebenden Mädchens fester an sich

„Wie lange ist das her?"

„Anderthalb Jahre"

„Und Sie haben sich noch nicht in Ihr trauriges Schicksal ergeben, noch nicht überwinden können?"

„Ich — überwinde — nie"

Isa hielt den Schritt zurück, damit die Vorangehenden einen weiteren Vorsprung bekämen Dann beugte sie sich dichter zu der Fremden, deren Leid sie ihr näher rückte, herab

„Ich verlor auch einst — den Bräutigam — und — Sie sehen, ich habe auch überwunden"

Ungläubig, zweifelnd sah Helene jetzt zu ihr auf.

„Sie — — Sie — — haben das Gleiche durchgemacht und — — sehen mit solcher heiteren Miene in die Welt, können sich an allem so freuen und teilnehmen? — Ich verstehe das nicht oder — — Sie müssen — — ihren Bräutigam nicht geliebt haben, wie ich den meinen."

„Ich — — habe ihn geliebt!"

„Und Ihre Liebe ging nicht über den Tod hinaus?" fragte Helene leidenschaftlich.

Isa blieb ruhig wie immer.

„Die Zeit heilt alle Wunden, man muß nur Gott vertrauen."

„Gott — — ich glaubte auch einst an ihn, aber seitdem er mir das antun konnte, habe ich ihn verloren."

„So suchen Sie ihn wieder, und Sie werden sehen, er hilft Ihnen."

Helenes Züge trugen noch immer einen zweifelnden Ausdruck.

„Und sonst war Ihnen niemand Stütze und Halt in jener schweren Zeit?"

„Doch — ich hatte meine Mutter, die mir tragen half — im stillen. Denn es gibt Leiden, die man nur mit Gott und sich selbst durchkämpfen muß und über die uns selbst die treueste Liebe nicht hinwegtragen kann."

„Meine Mutter versucht mich auch zu trösten, aber mit Worten, und die tun es nicht"

„Machen Sie Taten daraus."

„Wie das? — O, lehren Sie mich mit Ihren Augen schauen! Ich möchte gesund und stark werden wie Sie."

„Der Wille ist der erste Schritt zur Genesung Wenn Sie ihn ernstlich haben, werden Sie auch gesund werden. Sie brauchen ja nur um sich zu schauen. Sehen Sie nur die herrliche Gotteswelt, die vor Ihnen liegt und an deren Schönheit Sie sich erfreuen können. — Wir stehen jetzt auf der Höhe — tief unter uns das Tal — aber rings umher türmen sich die Berge bis zu den Schneeregionen"

Helene antwortete nicht; sie schaute und schaute. Es war ein Wunderland, das sich ihr auftat und darin sich ihr Geist erst zurechtfinden mußte Und es wehte eine freie, reine Luft hier oben. Der Dunst und Staub des Tales drang nicht hinauf.

Bardini hatte sich, im Gespräch mit den Lehrerinnen, zuweilen verstohlen nach den beiden Nachfolgenden umgesehen Sie schienen vertieft ineinander und ihrer vergessen zu haben Der Abstand wurde immer größer und zuletzt sah man sie nicht mehr Das fiel den Lehrerinnen erst auf, als sie beim Hotel Axenfels angelangt waren.

(Fortsetzung folgt.)

Pleß und Umgebung

Stadtverordnetensitzung in Pleß.

Freitag, den 8. März, nachmittags 5 Uhr, halten die Plesser Stadtverordneten im Rathaussaale eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen folgende 2 Punkte: 1. Wahl des Büros. 2. Festsetzung des städtischen Etats für 1929/30. Wie man hört, werden in der Zusammensetzung des Büros Veränderungen eintreten.

Meisterprüfung bestanden.

Klempner und Dachdecker Richard Pudelko aus Pleß hat in Kattowitz die Meisterprüfung bestanden.

Kommt Pleß in eine niedrigere Servisklasse?

Wie bekannt, betreiben der Kaufmännische Verein und auch der Bürgerverein die Versetzung der Stadt Pleß aus der Servisklasse 3 in die Klasse 2. Die Behörden wollen dies nicht zulassen, weil Pleß als Fürstensitz eine höhere Klasse rechtfertige. Die Kaufmannschaft ist aber ganz anderer Meinung. Tichau hat zwei der größten Brauereien, mehrere Ziegeleien, eine Zellulosefabrik und andere Unternehmen; auch Rybnik mit den Kohlengruben, Brauereien usw. ist gleich Tichau aus der zweiten in die 3. Servisklasse zurückversetzt worden. Pleß ist ein ausgesprochenes Landstädtchen ohne Industrie. Der Kaufmännische Verein will kein Mittel unversucht lassen, um zu erreichen, daß Pleß in die Servisklasse 3 versetzt werde.

Sitzung des Kreisausschusses Pleß.

Der Kreisausschuß des Kreises Pleß hielt in der vergangenen Woche eine Sitzung ab und faßte in nachstehenden Angelegenheiten Beschluß: Die Gemeinde Tichau hat die Plakatsteuer eingeführt, wogegen die dortige Brauereiverwaltung Einspruch erhob. Die Entscheidung wurde vertagt.

Die Verwaltungsstreitsache des Müllers Emanuel Odrobinski in Wohlau gegen den Amtsvorsteher in Pleß wegen Instandsetzung und Unterhaltung einer Brücke wurde dahin entschieden, daß 75 Prozent der Sachkosten von dem Müller Emanuel Odrobinski und der Rest von Franz und Hedwig Odrobinski, geb. Rosmus, zu tragen sind.

Gegen die beabsichtigte Ansiedlung des Josef Babca in Nikolai wurde von der Verwaltung des Fürsten von Pleß Einspruch erhoben. Diesen Einspruch erkannte der Kreisausschuß jedoch nicht an und entschied auf Abweisung der Klage.

Die in Altdorf errichtete Kreiswirtschaftsschule erfreut sich eines zahlreichen Besuches. Wegen Aufnahme der Schüler für das Schuljahr 1929-30 sollen dieselben Aufnahmebedingungen wie für das Vorjahr gelten.

Die Entwicklung der Gemeinde Petrowitz ist eine erfreulich rasche. Mit dieser wächst naturgemäß auch die Zahl der die Schule besuchenden Kinder. Die Gemeinde sieht sich vor die Notwendigkeit gestellt, diesem Wachstum Rechnung zu tragen und beabsichtigt den Bau eines neuen Schulhauses. Der zu diesem Zweck erforderliche Ankauf eines Platzes lag dem Kreisausschuß zur Genehmigung vor. Der Antrag wurde entsprechend erledigt. Der Kaufpreis für den Bauplatz beträgt 28.000 Zloty.

Auch die Gemeinde Wyrow entwickelt sich rasch und da die Gemeinde im Besitz von Grundstücken ist, hat sie sich entschlossen, einen Teil ihrer Ländereien zu Siedlungszwecken zu verkaufen. Auch ihr wurde die nachgesuchte Genehmigung erteilt.

Steuerkalender für März.

Bis 15. März Bezahlung der ersten Rate der Grundsteuer für das Jahr 1929.

Bis 15. März Bezahlung der Gewerbesteuer von dem im Monat Februar erzielten Umsatz seitens Handelsunternehmungen 1. u. 2. Kategorie und industrieller Unternehmungen 1. bis 5. Kategorie, die ordnungsgemäße Handelsbücher führen, sowie seitens der zur Rechnungslegung verpflichteten Gesellschaften.

Einkommensteuer von Dienstleistungen, Emerituren und Gehältern für Lohnarbeit im Laufe von sieben Tagen, beginnend vom Tage, an welchem der Abzug der Steuer erfolgte.

Ueberdies sind die Rückstände aus dem Titel der Vermögenssteuer sowie jene Steuern zu entrichten, für welche der Steuerzahler Zahlungsaufträge mit Fälligkeitstermin im März erhalten, sowie vertagte und auf Raten aufgeteilte Beträge mit Fälligkeitstermin in diesem Monate.

Der Kreisausschuß baut ein zweistöckiges Wohnhaus.

Der Kreisausschuß des Kreises Pleß beabsichtigt, in Pleß ein zweistöckiges Wohnhaus zu erbauen und schreibt die Vergebung der Bauarbeiten aus. Offerten sind bis zum 15. März einzureichen.

Wohltätigkeitsaufführung des Katholischen Gesellenvereins Pleß.

Wie schon einmal berichtet, veranstaltet der Plesser Katholische Gesellenverein Sonntag, den 10. März, abends 8 Uhr, im „Plesser Hof" eine Theateraufführung. Dargestellt wird das mehraktige Schauspiel „Die letzten Tage von Pompeji". Der Vorverkauf der Eintrittskarten befindet sich bei Kaufmann Wons. Die Generalprobe hat Mittwoch, den 6. März, nachmittags 5 Uhr, stattgefunden und war gut besucht. Hoffentlich wird auch die Hauptaufführung am 10. März sich eines regen Besuchs erfreuen. Die Unkosten sind ziemlich bedeutend. Der Reinertrag ist für wohltätige Zwecke bestimmt, nämlich für arme Kommunionkinder als Beihilfe zu den Kosten der Bekleidung.

Landwirtschaftlicher Kreisverein Pleß.

Noch einmal wird darauf hingewiesen, daß der Verein Freitag, den 8. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Hotel Fuchs eine Sitzung abhält. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung ist ein Referat des Dr. Roloff über „Die Landwirtschaft in den Oststaaten."

Schülerausflug nach Panewnik.

Das Minderheitsgymnasium in Siemianowitz hatte letzten Sonnabend einen Wandertag für alle Klassen. Am originellsten war der Ausflug der Obertertia. Mehrere Rodelschlitten wurden zusammengekoppelt, von den Teilnehmern besetzt, dann sausten die vorgespannten Pferde nach Ligota bezw. Panewnik in scharfem Trab zur Muttel Schwertfegern. Die Teilnehmer waren von ihrem Ausfluge begeistert.

Fingierter Ueberfall.

Arbeiter Wilhelm P. aus Kostow fand sich bei der Polizei ein und erklärte, von zwei Personen aus Dziedzitz überfallen, beraubt und verprügelt worden zu sein. Die Täter sollen dem P. nach seinen Angaben einen Geldbetrag von 200 Zloty geraubt haben. Das Geld erhielt der angeblich Ueberfallene von dem Gastwirt Planetorz aus Kostow zwecks Ankauf von alkoholischen Getränken in Myslowitz. Der Wilhelm P., welcher auf dem Polizeiamt in betrunkenem Zustand erschien, hat, wie inzwischen festgestellt worden ist, den Ueberfall fingiert. Wegen Irreführung der Polizeibehörde wird die strafrechtliche Verfolgung eintreten.

Die Eichendorff-Stadt

Neuer großzügiger Plan zur Vereinigung der drei deutschoberschlesischen Industriestädte

Ueber dem kleinen Teil des oberschlesischen Kohlenbeckens, der heute noch in deutschem Besitz ist, liegen die Städte Beuthen und Hindenburg. Während nun im Ruhrrevier das Deckgebirge die dort über der Kohle liegenden Städte trägt, mußte in Oberschlesien der Kohlenabbau unter den Stadtkernen verboten werden. Trotzdem hat sich das Zentrum der Stadt Beuthen seit 1909 um fast 10 Zentimeter gesenkt, einige hundert Meter weiter beträgt die Senkung der Tarnowitzer Hauptstraße bis zu 1.10 Meter. Im Nebengelände sind Oberflächen von mehreren Metern eingefallen. Auch von Hindenburg sind die südöstlichen Stadtteile von Kohle unterlagert. Diese bittere Tatsache wird beim Ausbau dieser beiden Städte berücksichtigt werden müssen. — Diese Frage muß jetzt entschieden werden. Für den Ausbau auf der gegenwärtigen Kohlen-Grundlage wurden im letzten Herbst auf der Dresdener Ausstellung „Die technische Stadt" Entwürfe für Drei-Städte-Einheit Beuthen-Hindenburg-Gleiwitz von deren Bauämtern vorgelegt, die vor allem für Hindenburg völlige Neuanlage der City vorsehen und dafür manche geschmackvolle Lösung bieten. Demgegenüber drängt die wirtschaftliche Entwicklung auf eine systematische Ansiedlung von Beuthen und Hindenburg, auf die nach großen städtebaulichen Gedanken aufzubauende neue Stadt Eichendorff. Der Vorschlag geht davon aus, daß Beuthen bereits von dem aufgekauften Grundbesitz des Bergbaues städtebaulich erdrosselt wird und sich weder nach den Seiten noch nach oben entwickeln kann. Wegen des zu schwachen Deckgebirges müßte aber unter der heutigen Stadt ein Kohlenbestand dauernd stehen bleiben, dessen Wert den der Beuthener Baulichkeiten um das Vielfache übersteigt. Ebenso decke es sich kaum mit einer volkswirtschaftlich-denkenden Finanzpolitik, in das heutige, in acht Bauinseln zerrissene Hindenburg wesentliche Mittel hineinzustecken. Diese Modernisierung würde es nicht weniger kosten, als wenn man einige Kilometer weiter mit diesen Mitteln (aus der Hauszinssteuer usw.) langsam eine neue Stadt nach großen städtebaulichen Gesichtspunkten schaffen würde, in der Hindenburg, Beuthen und auch Gleiwitz sich zusammenfinden müßten. Mit der fortschreitenden Ansiedlung könnte dann im Geländegebiet die Kohle ohne jede Rücksicht auf Oberflächensenkungen mit erheblichen Ersparnissen abgebaut werden. Es ist verständlich, daß der Bergbau diesem Projekt Interesse entgegenbrachte. Der Eichendorff-Plan beruht also auf drei Grundgedanken: Aus national-wirtschaftlichen Gründen muß das oberschlesische Kohlengelände zur völligen Ausbeutung frei gemacht werden. Aus sozialpolitischen Gründen sind die erforderlichen Neusiedlungen auf ein einheitliches Ziel zu lenken, sodaß bei etwaigem Eingehen einiger Schächte andere Arbeitsstätten leicht errichtet werden könnten. Schließlich könnte die Stadt Eichendorff als architektonisch schönste Stadt vielleicht der Erde ein dauerndes Wahrzeichen der friedlichen deutschen Ostpolitik werden. Dieser Plan würde der grundsätzlichen Forderung entsprechen, die der Hindenburger Oberbürgermeister Dr. Lukaschek, der kommende neue Oberpräsident der Provinz Oberschlesien, in einem stark beachteten Aufsatz in der letzten Nummer des Städtetages aufstellt, daß nämlich für die oberschlesischen Industriestädte mit deren ganz besonderen Industrieverhältnissen eine Lösung gefunden werden müsse.

Gibt es in Polnisch-Oberschlesien Sanacja-Deutsche?

Eine solche Frage klingt sehr unwahrscheinlich, weil es kaum anzunehmen ist, daß sich in den Kreisen der deutschen nationalen Minderheiten jemand finden könnte, der mit dem heutigen Sanacjaregime zufrieden wäre und sich als Stütze dieses Systems mißbrauchen ließe. Man soll uns nicht mißverstehen, weil zwischen Loyalität gegenüber dem polnischen Staate und einer Loyalität der Sanacja gegenüber ein wesentlicher Unterschied liegt. Es ist etwas anderes, für den Staat zu arbeiten, seine Entwickelung anzustreben und zu fördern, und wiederum etwas anderes, ein Regime, das selbst dem polnischen Volke, und zwar der großen Mehrheit des polnischen Volkes, verhaßt ist, stützen zu wollen. Ein solches Wollen würde ja die deutsche nationale Minderheit im Gegensatz zum polnischen Volke stellen und das ist selbst aus Opportunitätsgründen nicht ratsam. Ein kluger Deutscher wird sich also nicht heranwagen und den verfahrenen Sanacjakarren aus dem Dreck ziehen helfen, selbst wenn wir hier das taktische Vorgehen der Sanatoren der deutschen nationalen Minderheit gegenüber verschweigen. Wir sagen, ein kluger Deutscher, aber sind die Deutschen alle klug? Leider, leider mußten wir schon so oft die Wahrnehmung machen, daß es auch dumme Deutsche gibt, und das nicht zu knapp. Ja, es gibt auch dumme Deutsche, bei welchen der Grad der Dummheit sehr tief steht und diesen ist alles zuzutrauen.

Von diesen ganz dummen Deutschen träumt die Sanacja Moralna, über sie schreibt die „Polska Zachodnia" und es hat den Anschein, daß sich welche gefunden haben, die da auf den Leim krochen. Dumme gibt es schließlich überall. Die Sanacja wünscht, daß die Deutschen zu ihr kommen, mit ihr zusammen die Hetze sowohl gegen die polnische als auch gegen die deutsche Opposition treiben sollen und als Belohnung werden sie dann eventuell auch an die Futterkrippe herangelassen. Zuerst sollten sich welche in Bielitz gefunden haben, aber auch in Polnisch-Oberschlesien sollen welche vorhanden sein. In der Sonntagsnummer der „Polska Zachodnia" befindet sich eine Notiz: „Der erste vernünftige Schritt", in welcher die Rede von einem „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbund" ist. Die Leiter des Bundes sollten beim Wojewoden Grazynski gewesen sein und erklärten dort, die „kulturellen und nationalen Forderungen des deutschen Volkes in Polen in einer innigen Zusammenarbeit mit den Regierungsfaktoren mit Ausschluß aller anderen Organisationen durchführen zu wollen". Der Herr Wojewode nahm diese Erklärung zur Kenntnis.

Wer diese Deutschen waren, die sich für eine innige Zusammenarbeit mit der Sanacja ausgesprochen haben, wird nicht gesagt, aber ihre Erklärung hat dem Sanacjablatt sehr gefallen, weil es den Schritt des „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbundes" als eine „Ernüchterung" in den Kreisen der deutschen nationalen Minderheit hinstellt und hinzufügt, daß es sich diesen Deutschen gegenüber objektiv verhalten wird. Also deutsche Sanatoren, die neben Biniszkiewicz und Janicki der Sanacjafront, aus der die N. P. R. und der Bund der polnischen Katholiken geflohen sind, eingereiht wurden und jetzt mit „Ausschluß aller übrigen Organisationen" neben dem Westmarkenverband und den Aufständischen für die „nationalen Forderungen des deutschen Volkes in Polen" kämpfen werden. Da können wir also ruhig schlafen und uns getrost dem „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbund" anvertrauen. Er wird schon für die deutsche Erziehung unserer Kinder sorgen und auch sonst für unsere durch Gesetz und internationale Abmachungen garantierten Rechte eintreten.

Ausfertigung.

5. J. 38-29 Pras.

Beschluß:

Auf Grund des Art. 76 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 10. Mai 1927 über das Presserecht, Pos. 398 Dz. U. R. P. hat die Strafabteilung des Bezirksgerichts in Kattowitz für Pressesachen außerhalb der mündlichen Verhandlung nach Anhörung des Staatsanwalts erkannt:

Die Beschlagnahme der Zeitung 1. Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung Nr. 26, 2. Myslowitzer Anzeiger Nr. 20, 3. Anzeiger für den Kreis Pleß Nr. 20 und 4. Tarnowitzer Kreis- und Stadtblatt Nr. 26, sämtlich vom 15. Februar 1929 wegen des Artikels „Zur Verhaftung des Abgeordneten Ulitz" von den Worten „gegen die Verhaftung" bis zu den Worten „Libera" wird bestätigt,

denn

die diesbezüglichen Absätze dieses Artikels enthalten die Kennzeichen des Vergehens lt. Art. 1 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 10. Mai 1927, Pos. 399 Dz. U. R. P. Nr. 45 durch Verbreitung unwahrer Nachrichten, welche öffentliche Unruhe hervorrufen und dem Staate Schaden zufügen können, weshalb die Beschlagnahme lt. Art. 73 und 38 der eingangs angezogenen Verordnung des Staatspräsidenten begründet ist.

Die Verbreitung der obengenannten beschlagnahmten Zeitung wird verboten. Dagegen wird wegen Mangels der gesetzlichen Voraussetzungen die Beschlagnahme der übrigen Absätze der genannten Zeitung aufgehoben.

Diese Entscheidung wird zugestellt 1. dem Staatsanwalt, 2. der Polizeidirektion in Kattowitz, 3. dem Verleger, 4. dem verantwortlichen Redakteur der Zeitung und außerdem wird sie im Gerichte ausgehängt und im Amtsblatte veröffentlicht, und gleichzeitig wird die Bekanntgabe der Beschlagnahme unter Beachtung der Bedingungen der Artikel 30 und 33 der erwähnten Verordnung des Staatspräsidenten in den obengenannten Zeitungen in deutscher Uebersetzung befohlen.

Kattowitz, den 21. Februar 1929.

(—) Dr. Niwinski. (—) Zienkiewicz. (—) Podolecki.

Ausgefertigt:

Kattowitz, den 23. Februar 1929.

(—) Ordza,
L. S. Gerichtssekretär.

Bericht über den Wochenmarkt in Pleß.

Der Dienstag-Wochenmarkt war diesmal stärker besucht und reichlicher beschickt als die letzten Wochenmärkte. Das lag daran, daß der Frost stark nachgelassen hatte und das Wetter fast mild war. Butter kostete 3,60—4,00 Zloty, Weißkäse 80, ein Ei 30 bis 35 Groschen. Die Gemüsepreise betrugen betrugen in Groschen für Weißkraut 35, Rotkraut 50, Welschkraut 60, Mohrrüben 40, Klacken 70, rote Rüben 70. Obst war nur in kleinen Mengen auf den Markt gebracht; Aepfel, die meist angefroren waren, kosteten 80, eine Zitrone 20—30 Groschen. In Geflügel war das Angebot gering bei hohen Preisen; nur Hühner waren auf den Markt gebracht. Vom Ferkelmarkt war nicht viel wahrzunehmen. Der Stroh- und Heumarkt ist ganz geringfügig.

Der Viehmarkt in Pleß.

Mittwoch, den 6. März wurde in Pleß ein Pferde- und Rindviehmarkt abgehalten. Er war durch das ungünstige Wetter — näßlicher Wind und Schneetreiben — stark beeinträchtigt. Das zeigte sich sehr merklich am Auftrieb, der ziemlich schwach war, besonders auf dem Pferdemarkt; der Rindviehmarkt war etwas stärker beschickt. Das Rindvieh befand sich in einem genügenden Nährzustande. Bei den Pferden ließ die Qualität viel zu wünschen übrig. Der ganze Marktbetrieb zeigte kein rechtes Leben. Die Preise waren ziemlich hoch.

Eine Zentralmolkerei für Oberschlesien.

Im Schlesischen Wojewodschaftsamt wurde eine Besprechung abgehalten, welche die Versorgung des oberschlesischen Industriebezirkes mit Milch zum Gegenstand hatte. An dieser Konferenz nahmen Vertreter aller größeren Städte der Wojewodschaft Schlesien sowie Vertreter der schlesischen Landwirtschaftskammer teil. Auch mehrere größere Gutsbesitzer waren anwesend. Es wurde übereinstimmend die Meinung geäußert, daß der Bau einer Zentralmolkerei für Oberschlesien von großem Nutzen wäre. Allerdings würden sich die Baukosten schätzungsweise auf 2 bis 3 Millionen Zloty belaufen. Ein Beschluß wurde in dieser Konferenz nicht gefaßt.

Freiwillige Feuerwehr in Altberun.

Zum Vorsitzenden der Altberuner Freiwilligen Feuerwehr wurde in der letzten Generalversammlung Bürgermeister Raphael Kruppa einstimmig wiedergewählt.

Gottesdienstordnung:

Katholische Pfarrkirche Pleß.

Sonntag (Laetare), den 10. März.

6½ Uhr: stille hl. Messe.
7½ Uhr: polnische Andacht mit Segen und polnische Predigt.
9 Uhr: deutsche Predigt und Amt mit Segen für den katholischen Frauenbund.
10½ Uhr: polnische Predigt und Amt mit Segen.
2 Uhr: deutsche Vesperandacht.
3 Uhr: polnische Vesperandacht.

Evangelische Kirchengemeinde Pleß.

Sonntag (Laetare), den 10. März.

9 Uhr: deutsche Abendmahlsfeier.
10 Uhr: deutscher Gottesdienst.
11 Uhr: Kindergottesdienst.
2 Uhr: polnischer Gottesdienst.

In Warschowitz.

Sonntag (Laetare), den 10. März.

9 Uhr: deutscher Gottesdienst.
10½ Uhr: polnischer Gottesdienst.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Ein Beitrag zur Minderheitenfrage in Deutschoberschlesien

Wir lesen in einem Hindenburger Blatt folgende Notiz:

Zustände.

Wenn ein Fremder nach dem Marktflecken Langendorf (Kreis Gleiwitz) mit über 1600 Einwohnern kommt und er trifft zufällig auf den Mann — die sogenannte Dorfordonnanz —, der mit einer Glocke in der Hand die Gemeindebekanntmachungen ausruft, so wird er stutzig und er glaubt sich nach Polnisch-Oberschlesien verirrt zu haben.

In dieser Ortschaft mit 97 Prozent deutscher Bevölkerung läßt der Gemeindevorsteher von diesem Mann sämtliche Gemeindebekanntmachungen nur in polnischer Sprache ausrufen. Die vielen Ortsbewohner, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind, sind jedesmal gezwungen, sich an zweisprachige Personen mit der Bitte um Verdolmetschung dieser Publikationen zu wenden.

Die hiergegen bei dem Gemeindevorsteher und auch bei der Aufsichtsbehörde eingereichten Beschwerden sind negativ verlaufen und es wird weiter in polnischer Sprache publiziert.

So sieht die Förderung des Deutschtums in einer größeren Ortschaft Deutsch-Oberschlesiens durch einen Gemeindevorsteher aus. Ob es einem Gemeindevorsteher in Polnisch-Oberschlesien gestattet ist, die Gemeindebekanntmachungen nur in deutscher Sprache zu publizieren, dürfte zu bezweifeln sein.

Einer für Viele.

Dieses „Eingesandt" ist ein Dokument für sich und wir wünschen nur, daß Herr Rumun und Genossen es gründlich lesen wollten.

Zur Milchversorgung des Industriegebietes

Unter dem Vorsitz des Dr. Przybylowicz fand in der Wojewodschaft eine Konferenz statt, die sich mit dem Bau einer Milchzentrale, welche die gesamte Milchversorgung des oberschlesischen Industriegebietes übernehmen soll, befaßte.

Die Kosten des Baues werden sich auf 3 Millionen Zloty belaufen. Das Projekt, an welchem die Interessenten des Handels und der Gemeinden mitarbeiten werden, dürfte im Laufe dieses Jahres zur Ausführung gelangen.

Betrifft Aufwertung von Pensionsansprüchen

Es wird zur Kenntnis gegeben, daß die Pensionskasse für Angestellte der Bank für Handel und Industrie in Berlin eine Aufwertung der Pensionsansprüche der früheren versicherten Angestellten vorgenommen hat. Die Aufwertung kommt auch für alle diejenigen versicherten Angestellten in Frage, welche seit der Zuteilung Oberschlesiens an Polen nunmehr auf polnischen Gebiet wohnhaft sind. Ansprüche werden bis spätestens 31. d. Mts. bei der Pensionskasse für Angestellte der Bank für Handel- und Industrie in Berlin, Behrenstraße 68—70 berücksichtigt. Aehnliche Gesuche können von Versicherten bei der Sterbekasse des Deutschen Werkmeisterverbandes in Düsseldorf vorgenommen werden. Auch in diesem Falle müssen die Ansprüche bis spätestens 31. März und zwar bei der Sterbekasse des Werkmeisterverbandes in Düsseldorf, Schließfach 13 und 511 gestellt werden.

Miete und Hausreparaturen

Da in letzter Zeit des öfteren während der Frostperiode Streitfälle zwischen Mietern und Hauswirten darüber entstanden sind, wer die Kosten bei Reparatur von Wasserleitungsrohren usw. zu tragen habe, ist ein Urteil des Warschauer Appellationsgerichts von Bedeutung. Einige Besitzer großer Häuser in Warschau beantragten im Friedensgericht die Exmission eines Mieters, der 2½ Jahre lang mit der Miete im Rückstande geblieben war. Es stellte sich heraus, daß der Mieter eine kleine Dachwohnung innehatte, deren Wände geplatzt und feucht waren, da das Dach Löcher aufwies, durch das der Regen in die Stube gelangte. Der Mieter vertrat daher die Ansicht, daß er nicht zu zahlen brauche, solange die Wohnung nicht gehörig instand gesetzt werde. Diesen Standpunkt verteidigte auch der Rechtsanwalt des Mieters, der darauf hinwies, daß der Mietskontrakt ein gegenseitiger Vertrag sei, daß also die eine Partei nicht zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gezwungen werden könne, wenn die andere Partei ihren Verpflichtungen nicht nachkommt. Das Friedensgericht wies daraufhin die Klage der Hausbesitzer ab. Die Kläger legten Berufung ein, aber auch die zweite Instanz wies die Klage ab.

Der Tarif für Autotaxen geregelt

Die nachdrückliche Behandlung der Mißstände im Tarifwesen der Autotaxen durch die Presse hat nun insofern einen Erfolg gehabt, daß gleichzeitig mit den Vorschriften für den öffentlichen gewerblichen Verkehr von Autodroschken auch die Tarife eine Aenderung erfuhren. Im Rahmen dieser Aenderung ist auch die von den Fahrgästen so dringend verlangte Verfügung erlassen worden, der zufolge eine Abschrift des Tarifs mit dem Polizeistempel an sichtbarer Stelle auf hartem Papier oder Blech für jeden Fahrgast deutlich sichtbar im Auto angebracht sein muß. Nichtbefolgung dieser Vorschrift wird streng bestraft.

Der Tarif selbst sieht für 4—6sitzige Wagen in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends einen Fahrpreis von 1 Zloty für den ersten Kilometer und 0,80 Zloty für jeden weiteren Kilometer vor. In der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens für die ersten 500 Meter 0,70 Zloty, für jede weiteren 250 Meter, bis zu einem Kilometer, 30 Groschen und für jeden weiteren Kilometer 1,20 Zloty. Diese Preise gelten für 1—2 Personen. Bei mehr als zwei Personen kann ein Zuschlag von 20 Prozent für jede weitere Person erhoben werden. Das Gepäck ist bis zu einem Gewicht von 10 Kilogramm gebührenfrei, für Gepäckstücke von 10 bis 50 Kilogramm ist ein Zuschlag von 10 Prozent vom Fahrpreis zu zahlen. Für das Warten werden pro Stunde 4 Zloty bezw. unter einer Stunde für jeder drei Minuten 20 Groschen erhoben.

Ziehung beim Staatlichen Lotterieverband

Die Generaldirektion des Staatlichen Lotterieverbandes in Warschau gibt bekannt, daß die Ziehung der 5. Klasse zur 18. polnischen Staatslotterie in der Zeit vom 6. bis 9., vom 11. bis 16., 18. bis 23. und 25. bis 28. März, sowie 3. bis 6., 8. bis 13. April d. Js. in den Vormittagsstunden ab ½9 Uhr stattfindet. Die Ziehung erfolgt im Beisein von zwei Vertretern der Staatskommission.

Konfisziert

Die „Kattowitzer Zeitung" ist gestern wieder der Beschlagnahme verfallen.

Kattowitz und Umgebung

Ein verwegener Raubüberfall.

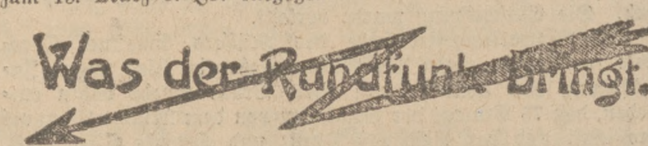
Gestern gegen 7 Uhr abends wurde an dem Gebäude der P. K. O. auf der ul. Mickiewicza ein verwegener Raubüberfall ausgeführt.

Die Angestellte Gertrud Daniel, welche das Kassengebäude verließ, erhielt plötzlich einen schweren Schlag gegen den Kopf, gleichzeitig wurde ihr das Handtäschchen mit 3 885 Zloty Inhalt entrissen. Der Bandit flüchtete dann nach dem Ringe zu, bereits verfolgt von einigen Passanten. Um sich dieser zu erwehren, zog er zwei Revolver heraus und begann zu feuern. Verletzt wurde glücklicherweise niemand, aber niemand wagte es mehr, die Verfolgung fortzusetzen, so daß dem Banditen die Flucht gelang.

Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, den dreisten Banditen zu ermitteln.

Ski-Wettbewerb in Kattowitz. Der Schlesische Skiverband in Kattowitz beabsichtigt am kommenden Sonntag, ab 12 Uhr mittags, auf dem südlichen Terrain von Kattowitz einen 12-Kilometer-Skiwettlauf zu veranstalten. An dem Wettlauf können auch Nichtmitglieder teilnehmen. Die Teilnehmergebühr beträgt 3 Zloty. Anmeldungen nimmt der Schlesische Skiverband in Kattowitz, ulica Kosciuszki 51, entgegen. Unter die Sieger gelangen wertvolle Sportabzeichen durch den Skiverband zur Verteilung.

Wer will sich melden? Das Schlesische Wojewodschaftsamt sucht 4 Ingenieure und 5 Bautechniker. Die Antragsteller haben den Gesuchen eine Bescheinigung über die polnische Staatsangehörigkeit sowie ein Diplom des polnischen Polytechnikum bezw. ein Diplom der polnischen technischen Handelsschule beizufügen. Entsprechende Anmeldungen nimmt der Wydzial Robot Publicznych in Kattowitz, ulica Szafranka, und zwar bis spätestens zum 15. März d. Js. entgegen.



Kattowitz — Welle 416.

Freitag. 16: Schallplattenkonzert. 17: Ueber Polens Geschichte. 17: Vortrag. 17,55: Uebertragung des Konzerts aus Warschau. 19,10: Vorträge. 20,15: Von Warschau: Symphoniekonzert, die Abendberichte und anschließend Plauderei in französischer Sprache.

Sonnabend. 12,10 und 16: Schallplattenkonzert. 17: Musikunterricht. 17,55: Für die Jugend. 19,10: Vorträge. 20,30: Abendprogramm von Warschau.

Warschau — Welle 1415

Freitag. 12.10 und 15,50: Schallplattenkonzert. 17: Vorträge. 17,55: Mandolinenkonzert. 19,10: Vortrag und Berichte. 20: Musikalische Plauderei. 20,15: Symphoniekonzert der Warschauer Philharmonie.

Sonnabend. 12,10 und 15,50: Schallplattenkonzert. 17: Vorträge. 19,10: Radiochronik. 20: Vortrag. 20.30: „Paganini" von Lehar. 22,30: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 326.4. Breslau Welle 321.2.

Freitag, den 8. März. 16: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau. 16,30: Unterhaltungskonzert. 18: Schlesische Arbeitsgemeinschaft „Wochenende". 18,15: Wirtschaftliche Zeitfragen. 18,40: Abt. Musik. 19,25: Stunde der Deutschen Reichspost. 19,50: Hans-Bredow-Schule, Abt. Handelslehre. 20,15: Symphonie-Konzert. 22: Die Abendberichte und Abt. Handelslehre.

Sonnabend, den 9. März. 15,40: Stunde mit Büchern. 16,15: Unterhaltungskonzert. 17,45: Blick auf die Leinwand: Die Filme der Woche. 18,25: Zehn Minuten Esperanto. 18,35: Uebertragung aus Gleiwitz: Es war einmal. 19,20: Hans Bredow-Schule, Abt. Handelslehre. 19,50: Vier junge Menschen unterhalten sich über die Zeit. 20,15: Musikalische Abendunterhaltung. 22: Die Abendberichte. 22,30—24: Tanzmusik.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp.
Katowice, Kościuszki 29.